

Führung / Kommunikation

# NH ProjektStadt: „Integrierte Flüchtlingsansiedlung“ – zehn Pilotkommunen FrankfurtRheinMain-Gebiet präsentiert

Die steigende Anzahl von Flüchtlingen aus den Krisenregionen der ganzen Welt stellt die Kommunen vor große Aufgaben. Dringend gesucht sind Strategien für die Aufnahme von Menschen. Bauliche, soziale, kulturelle und ökonomische Aspekte müssen verbunden werden. Bei einer Tagung im Historischen Museum in Frankfurt, veranstaltet vom Regionalverband FrankfurtRheinMain und der zur Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt gehörenden NH ProjektStadt, diskutierten rund 150 Experten der Kommunen das Konzept der „Integrierten Flüchtlingsansiedlung“.



Vertreter von Kommunen und Verbänden sammeln während der Tagung im Historischen Museum Frankfurt neue Ideen für die Flüchtlingsansiedlung. Foto: NH ProjektStadt

„Die Aufnahme von Flüchtlingen bedeutet viel mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Wir brauchen eine Willkommenskultur.“ Sätze, die während der Tagung immer wieder im dicht besetzten Leopold-Sonnenmann-Saal im Historischen Museum fallen. Auf der anderen Seite aber steht auch ein großes Fragezeichen: Wo sollen die finanziell ohnehin knappen Kommunen im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet überhaupt die dringend benötigte Fläche finden, um Wohnraum zu schaffen?

Zur Einführung machen Prof. Dr. Joachim Pös, Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte und zuständig für die Projekt- und Stadtentwicklung, sowie Ludger Stüve, Direktor des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain, vor mehr als 150 Vertretern von Kommunen und Verbänden deutlich: Steigende Flüchtlingszahlen fordern uns heraus, aber sie bieten angesichts des demografischen Wandels auch Chancen. Die Aufnahme von Menschen sei ein „Gebot der Nächstenliebe“ und eine Bereicherung, sagt Joachim Pös. Nicht zuletzt für den Arbeitsmarkt, der wegen des eklatanten Fachkräftemangels dringend Zuwanderung benötigt, betonte Ludger Stüve. Viele der Flüchtlinge werden nicht zurückkehren, sondern hier bleiben.

**Wir brauchen eine  
Willkommenskultur**

## Steigende Zuwanderungszahlen



Prof. Dr. Joachim Pös, Marion Schmitz-Stadtfeld, Ludger Stüve und Marcus Gwechenberger (v.l.) bei der Präsentation. Foto: NH ProjektStadt

Wir groß der Zuwachs noch werden wird, das erläutert Dr. Lars Witteck, Regierungspräsident in Gießen, mit einigen Zahlen. Im Jahr 2014 stellten in Deutschland 173.072 Menschen einen Erstantrag auf Asyl, das entspricht einer Zunahme von mehr als 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Einen Anteil von 7,3% bekommt davon Hessen. In diesem Jahr könnte die Anzahl bundesweit sogar auf 300.000 bis hin zu 500.000 Flüchtlingen steigen. Der Bund will zusätzliche Millionen für die Flüchtlingsaufnahme geben. Im Rahmen des Maßnahmenpakets Asyl des Landes Hessen werden zudem auch in Büdingen und im Raum Kassel zusätzliche Außenstellen der Erstaufnahme Gießen eingerichtet. Das könne von den Kommunen etwas „Druck“ bei

der Bereitstellung von Unterkünften nehmen, sagte Witteck.

### Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt

Die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt mit Sitz in Frankfurt am Main und Kassel bietet seit über 90 Jahren umfassende Dienstleistungen in den Bereichen Wohnen, Bauen und Entwickeln. Sie beschäftigt rund 670 Mitarbeiter. Mit rund 60.000 Mietwohnungen in 140 Städten und Gemeinden gehört sie zu den führenden deutschen Wohnungsunternehmen. Der Wohnungsbestand wird aktuell von rund 260 Mitarbeitern in vier Regional-, untergliedert in 13 Service-Centern, betreut. Unter der Marke „NH ProjektStadt“ werden Kompetenzfelder gebündelt, um nachhaltige Stadt- und Projektentwicklungsaufgaben durchzuführen.

## „Es fehlt an langfristiger Planung“

In einer Gesprächsrunde mit dem ehemaligen Frankfurter Planungsdezernenten und aktuellen Frankfurter IHK-Vizepräsidenten Martin Wentz, der Frankfurter Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld und Johannes Baron, Kreisbeigeordneter im Main-Taunus-Kreis, wird deutlich: Die Kommunen fühlen sich bei Thema Flüchtlingsunterkunft nicht als Handelnde sondern als „Getriebene“ (Baron), jede Woche stehe es bei der Frage der Unterbringung angesichts der Wohnraumknappheit „Spitz auf Knopf“ (Birkenfeld), es fehle von Seiten des Bundes an Koordination und „langfristiger Planung“ beim Thema Flüchtlinge, kritisierte Wentz. Gerade deshalb sei ein Konzept, wie es die NH ProjektStadt entwickelt habe, von großer Bedeutung.

## Konzept der Integrierten Flüchtlingsansiedlung

Das Konzept der Integrierten Flüchtlingsansiedlung präsentierten Marion Schmitz-Stadtfeld, Leiterin des Kompetenzzentrums Integrierte Stadtentwicklung bei der NH ProjektStadt, und Dr. Marcus Gwechenberger, im Kompetenzzentrum zuständig für die Integrierte Flüchtlingsansiedlung. Das Kompetenzzentrum verfolge beim Thema Wohnraum eine zweigeteilte Strategie: Einerseits gehe es darum, vorhandene Unterbringungsmöglichkeiten in öffentlichen Einrichtungen ebenso wie in privaten Mietobjekten zu erfassen und auf ihre Eignung hin zu prüfen. Klar sei aber auch: Städte und Gemeinden werden die Aufnahme von Flüchtlingen nicht bewältigen können, ohne zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Hier könne die Unternehmensgruppe mit ihrer baulichen Expertise und dem Wissen um die komplexen Wechselwirkungen in der Quartiersentwicklung Hilfestellung geben. Ein wichtiger Bestandteil des Konzepts sei die Definition baulicher und sozialer Mindeststandards. „Städte und Gemeinden laufen durch die zur Überbrückung gedachte Einrichtung von Notunterkünften Gefahr, Provisorien zu schaffen, die Nachbarschaften längerfristig prägen“, warnte Marion Schmitz-Stadtfeld.

## Flexible Wohneinheiten

„Einen vielversprechenden Ansatz sehen wir in der Entwicklung flexibel kombinierbarer Wohneinheiten“, erklärte Marcus Gwechenberger. Gemeinsam mit verschiedenen Planungsbüros wird an modularen Wohnkonzepten („NH-Homies“) gearbeitet, die schnell realisierbar sind und bei einer Veränderung der Situation flexibel angepasst oder zurückgebaut werden können. Der Vorteil der Arbeit mit standardisierten Grundelementen liege vor allem darin, dass sie vergleichsweise schnell errichtet werden können, was sich für die Kommunen auch kostenmindernd auswirke. Baukulturelle Aspekte spielen dabei aber ebenfalls eine zentrale Rolle. Gwechenberger: „Wir sprechen von wohnlich gestalteten Räumen, die ökologisch ertüchtigt sind und beispielsweise auch schon für Studenten eingesetzt werden.“ Es können Räume für die gemeinschaftliche Nutzung integriert, aber auch Rückzugsmöglichkeiten für den Einzelnen geschaffen werden.

Joachim Pös erinnerte, dass auch zu Zeiten des legendären Siedlungsplaners Ernst May in den 1920er Jahren die Aufgabe darin bestand, mit Hilfe von standardisierten Elementen kostengünstiges Bauen mit Qualität zu verknüpfen. Pös betonte: „Die Nassauische Heimstätte und die Wohnstadt wurden in den 1920er-Jahren gegründet, um die damalige Wohnungsnot zu mildern. Heute sehen wir uns als eine der zehn größten Wohnungsbaugesellschaften Deutschlands in einer besonderen Verantwortung, den Kommunen bei dieser städtebaulichen und sozialen Herausforderung zur Seite zu stehen.“

Info 22Es können Räume für die gemeinschaftliche Nutzung integriert werden

## Sozialer Friede im Quartier

Dass die Integration von Flüchtlingen eine Aufgabe ist, die die verschiedenen Akteure einer Stadt oder Gemeinde nur gemeinsam bewältigen können, daran besteht bei den Kommunen kein Zweifel. Wie eine Flüchtlingsunterkunft von der Nachbarschaft aufgenommen wird, das hängt auch in hohem Maße von der begleitenden Kommunikation ab. Marion Schmitz-Stadtfeld bekräftigte: „Das Zauberwort lautet hier Sozialer Friede im Quartier und damit Sozialer Friede in der Gesellschaft, dafür brauchen wir abgestimmte Planungsprozesse mit der Nachbarschaft, aber vor allem auch ein baukulturelles Niveau, das den städtebaulichen Anspruch einer Stadt und eines Quartiers nicht ins Wanken bringt“.

Wir brauchen abgestimmte Planungsprozesse mit der Nachbarschaft

## Integrationswissen durch einen Beirat vernetzen

Das Wissen, das bei vielen der am Integrationsprozess beteiligten Akteure vorliegt, möchte die Unternehmensgruppe gerne besser vernetzen und so für künftige Projekte verfügbar machen. Die Koordinierungsstelle Integrierte Flüchtlingsansiedlung soll darum von einem Beirat mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kirchen, Bildung, Kultur, Sport und Zivilgesellschaft beraten werden. Joachim Pös fasste die Zielsetzung zusammen: „Für Städte und Gemeinden geht es um praxisnahe und individuell zugeschnittene Lösungen zur Unterbringung von Flüchtlingen. Auf regionaler oder bundesweiter Ebene müssen wir eher Fragen nach dem Verbindenden stellen. Zum Beispiel: Wo können Kommunen voneinander lernen, und wo können sie eventuell kooperieren? Mit der Bereitstellung ihres Know-hows zur Integrierten Flüchtlingsansiedlung wird die Unternehmensgruppe hierzu ihren gesellschaftlichen Beitrag leisten.“

Ihre flexible  
Video-on-Demand  
Lösung



videociety®

- ✓ Einfache Integration
- ✓ Topaktuelle Titel in höchster Qualität
- ✓ Steigerung von Umsatz und ARPU
- ✓ Ideale Ergänzung bestehender Breitband- und Medienangebote

## Sportvereine einbinden

Einen Beitrag zum Austausch von Know-how leistete der Neu-Isenburger Bürgermeister Herbert Hunkel, der die durchdachte und engagierte „Willkommenskultur“ in seiner Kommune präsentierte. Diese wird von Bürgern, Unternehmen und Vereinen mitgetragen. Christian Siegel vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) appellierte an die Städte und Gemeinden, die Sportvereine, die ohnehin schon sehr viel für die Integration junger Menschen leisteten, in ihre Willkommenskonzepte einzubinden. Das sei eine bessere Strategie, als Turnhallen zu Schlafsäle für Flüchtlinge umzufunktionieren.

„Willkommenskultur“ wird von Bürgern, Unternehmen und Vereinen mitgetragen

## „Pilotregion Rhein-Main“

Die Koordinierungsstelle Integrierte Flüchtlingsansiedlung will in den kommenden Monaten etwa zehn Pilotkommunen finden und bei der Entwicklung tragfähiger Lösungen zur Unterbringung und Integration von Asylbewerbern unterstützen. Der Regionalverband FrankfurtRheinMain stellt sich mittelfristig eine „Pilotregion Rhein-Main“ vor, die beispielhaft Lösungen findet und Vorbild für Deutschland sein könnte. Der Verband, unter anderem zuständig für den Regionalen Flächennutzungsplan, wird dabei in Abstimmung mit den Kommunen seine Kompetenz bei der Suche nach geeigneten Flächen für zusätzlichen Wohnraum einbringen, erläuterte Dr. Falk Raschke, Leiter des Fachbereichs Regionalentwicklung im Regionalverband.

Jutta Ochs

---

Fünzig Prozent bei der Werbung sind immer rausgeworfen. Man weiß aber nicht, welche Hälfte das ist. Henry Ford

Wir helfen Ihnen beim Suchen.

Gerd Warda warda@wohnungswirtschaft-heute.de

---